

**Verwaltungsstrategie zur
Digitalisierung der
Landeshauptstadt Hannover**

Inhaltsverzeichnis

1. Gesamtstädtische Agenda	3
2. Ausgangslage	5
2.1 Fachspezifische Konzepte.....	5
2.2 Digitalisierung als verwaltungsweite Aufgabe.....	10
3. Erarbeitungsprozess der Verwaltungsstrategie.....	12
4. Breitband- und WLAN-Ausbau	13
5. Digitale Services	15
6. Open Government.....	18
7. Datenschutz und Informationssicherheit	19
8. Moderne Arbeitgeberin.....	20
9. Organisation.....	22
10. Finanzen	25
11. Nachhaltigkeit.....	26

1. Gesamtstädtische Agenda

Die Landeshauptstadt Hannover hat den Anspruch, die Digitalisierung als zentrale Akteurin zu gestalten und damit zum sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Stadt beizutragen.

Die digitale Transformation ist einer der prägenden Veränderungsprozesse unserer Zeit. Der allumfassende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie, die steigende globale Vernetzung sowie der scheinbar unbegrenzte Datenverkehr haben einen fundamentalen Wandel der Arbeits- und Lebenswelt ausgelöst.

Die Digitalisierung ist dabei nicht nur ein technologischer Prozess, sondern steht in direkter Wechselwirkung zu weiteren gesellschaftlichen Trends wie dem demographischen Wandel, der Globalisierung, der Urbanisierung sowie einer steigenden Ressourcenorientierung. Der zielgerichtete Umgang mit den Potenzialen der Digitalisierung wird damit zu einem ausschlaggebenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Städten und der Positionierung im nationalen und internationalen Standortwettbewerb.

Das Interesse der Stadtgesellschaft an der Gestaltung des digitalen Wandels ist groß. Bereits während des Stadtdialogs „Mein Hannover 2030“ wurde die digitale Transformation in verschiedensten Themenzusammenhängen diskutiert und ist seitdem als ein Schwerpunktthema auf der städtischen Agenda präsent. Visionen, konkrete Ideen und Bedarfe werden verstärkt an die Stadtverwaltung herangetragen. Auf unterschiedlichen Ebenen hat sich bereits ein Dialog zwischen der Stadtverwaltung und weiteren Akteurinnen und Akteuren etabliert.

Die Landeshauptstadt Hannover verfügt durch ihre starken und innovativen Unternehmen mit einer wachsenden Gründerszene sowie der international renommierten und gut vernetzten Hochschul- und Forschungslandschaft über großes Potenzial. Internationale Leitmesse machen die Landeshauptstadt zu einer weltweiten Plattform für Digitalisierung. Zahlreiche Initiativen und Netzwerke engagieren sich für die Menschen in Hannover.

Auf dem Weg zur digitalen Stadt ist eine übergreifende Koordinierung und abgestimmtes Handeln im Zusammenwirken mit relevanten Akteurinnen und Akteuren sowie Netzwerken aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und den

Hannoveranerinnen und Hannoveranern notwendig. Die Landeshauptstadt Hannover bekennt sich zu dieser Aufgabe und übernimmt eine zentrale Steuerungs- und Moderationsfunktion im gesamtstädtischen Prozess. Hierzu zählt insbesondere auch der Ausbau von Strukturen für eine verbindliche und verlässliche Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und weiteren Akteurinnen und Akteuren.

Die vorliegende Verwaltungsstrategie bildet den ersten Meilenstein für den Aufbau einer erweiterten, ganzheitlichen „Digitalen Agenda“ für die Landeshauptstadt Hannover, die gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren der Stadtgesellschaft erarbeitet und anschließend umgesetzt werden soll. Diese gesamtstädtische Vision stellt das Zusammenspiel zwischen Mensch und Technik in den Vordergrund und berücksichtigt wirtschaftliche und ethische Aspekte gleichermaßen. Sie wird dazu beitragen, dass unsere Stadt im digitalen Zeitalter noch lebens- und liebenswerter wird.

Meilensteine auf dem Weg zur gesamtstädtischen „Digitalen Agenda“:

- 1) Erarbeitung der Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt Hannover mit den Schwerpunkten Infrastruktur, städtische Dienstleistungen und Arbeitgeberinnenattraktivität
- 2) Aufbau von verwaltungsinternen Umsetzungsstrukturen unter Einbeziehung der Fachkonzepte
- 3) Verankerung des gesamtstädtischen Digitalisierungsprozesses in der Verwaltungsspitze sowie Schaffung der Funktion einer/s Digitalisierungsbeauftragte/n an der Schnittstelle von Verwaltung und externen Akteurinnen und Akteuren
- 4) Initiierung und Austausch in Netzwerken sowie Aufbau von verlässlichen Strukturen mit verwaltungsexternen Akteurinnen und Akteuren
 - a. auf lokaler/regionaler Ebene: u. a. Digitales Hannover
 - b. auf überregionaler Ebene: u. a. „Netzwerk digitaler Städte“ mit bundesweiten Vorreiterstädten, Kommunaler Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) sowie IT-Planungsrat
- 5) Erarbeitung einer gesamtstädtischen „Digitalen Agenda“ für die Landeshauptstadt Hannover
- 6) Umsetzung der „Digitalen Agenda“

2. Ausgangslage

Die Stadtverwaltung ist in all ihren Handlungsfeldern von der digitalen Transformation betroffen – von der Bildung und Altenpflege über die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Mobilität bis hin zur Kultur. Fachkonzepte der Fachbereiche, Ämter und Betriebe sowie der städtischen Beteiligungsgesellschaften ergänzen daher die vorliegende Strategie. Sie bringen zum Ausdruck, dass die Digitalisierung keinesfalls auf ihre technologische Dimension reduziert werden darf. Verwaltungsstrategie und Fachkonzepte müssen zukünftig gemeinsam gedacht, inhaltlich in Einklang gebracht und finanziell hinterlegt werden. Im Folgenden wird exemplarisch beschrieben, wie sich die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auf einige städtische Handlungsfelder auswirken.

2.1 Fachspezifische Konzepte

Bildung/Medienentwicklung

Internet- und Medienkompetenz sind die Grundlagen für jede Art der beruflichen Qualifikation, ob im täglichen Miteinander, der Ausbildung, im Studium oder im Berufsleben. Der Einstieg in die Lebensaufgabe Medienkompetenz ist heute schon im Grundschulalter Pflichtprogramm und Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und sozialer Interaktion. Aufgabe des Schulträgers ist es deshalb, eine funktionierende Infrastruktur anzubieten, die die Lehrkräfte in die Lage versetzt, sich auf die Funktionalität der unterstützenden Technik zu verlassen und sich auf die Vermittlung der Unterrichtsinhalte zu konzentrieren. Die Aufnahme und die Verarbeitung von Informationen als Teil des Lernprozesses stehen vor einschneidenden Veränderungen. In der heutigen Zeit stehen mehr Informationsquellen als je zuvor zur Verfügung. Insbesondere das Internet bietet sowohl Datenüberfluss und Datenmüll als auch eine an Aktualität und Anschaulichkeit kaum zu überbietende Fülle an Informationen. Eine Selbstverständlichkeit, um Fehlinterpretationen vorzubeugen, sei an dieser Stelle hervorgehoben: Der Internetanschluss oder die Schulung von Computerfertigkeiten gleichen nicht Mängel in der Grundbildung aus. PC-Kompetenz setzt Lese- und Schreibkompetenz voraus. Die Medienkompetenz setzt auf diese Basiskompetenzen auf.

Mobilität

Der Zugang zu Mobilität ist ein wichtiger Baustein für gesellschaftliche Teilhabe. Die Vereinbarkeit von Mobilität, beschränktem Stadtraum und Umweltbewusstsein stellt dabei eine zentrale Herausforderung dar. Die einfache Verfügbarkeit von Informationen und deren Vernetzung führt zu einem Bedeutungsgewinn flexibler, kombinierter Mobilitätsangebote. Innovative Technologien wie autonomes Fahren werden weiteren Einfluss auf die zukünftige Mobilität haben.

Auf dieser Grundlage wird die Landeshauptstadt Hannover das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement ausbauen. Vorhandene Infrastrukturen sollen optimal ausgenutzt sowie Multi- und Intermodalität bestmöglich gewährleistet werden. Dies umfasst eine Verbesserung der Information über verkehrliche Angebote und Mobilitätsalternativen, die Förderung der verkehrsartenübergreifenden Nutzungen der Verkehrsmittel des Umweltverbundes und trägt zur Einhaltung von Immissionsgrenzwerten bei.

Die Digitalisierung beeinflusst zudem die Reduzierung heutiger Mobilitätsbedarfe: Zum einen verringern digitale Möglichkeiten zum ortsunabhängigen Austausch die Notwendigkeit physischer Mobilität. Zum anderen führen digitale Modelle zu zunehmender Effizienz von Wegstrecken. Beispielhaft werden in der Projektinitiative „Urbane Logistik“ gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft innovative Konzepte für den städtischen Lieferverkehr entwickelt.

Wirtschaftsförderung

Die digitale Transformation ist ein handlungsleitendes Thema für die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Hannover, sowohl im Fachbereich Wirtschaft der Stadtverwaltung als auch für die hannoverimpuls GmbH, die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft von Landeshauptstadt und Region Hannover.

Die städtische Wirtschaftsförderung organisiert regelmäßig Vorträge und Workshops, die sich u. a. mit dem Thema Online-Handel befassen und Unternehmen Impulse für den Umgang mit den digitalen Herausforderungen geben. Zielgruppe sind dabei vor allem die hannoverschen Standortgemeinschaften bzw. die hier organisierten

Gewerbetreibenden aus den Stadtteilen. Zudem werden im Rahmen der „Lokalen Ökonomie“ Projekte der Standortgemeinschaften zur Digitalisierung in den Stadtteilen unterstützt. Auch „Öko-Profit“, ein Programm zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes, berücksichtigt zunehmend Aspekte der Digitalisierung z.B. zur Verbesserung der Energieeffizienz in Unternehmen.

Das Thema „Digitale Wirtschaft“ ist eines der zentralen Handlungsfelder der hannoverimpuls GmbH. Unterstützungsangebote werden geschaffen und Vernetzungsinitiativen gestartet. Dabei stehen technologische Trends im Vordergrund, bei denen erwartet wird, dass sie die Geschäftsmodelle der Unternehmen nachhaltig beeinflussen werden, wie etwa Virtual Reality (VR), Blockchain, Künstliche Intelligenz und Intelligente Robotik. Digitale Themen fließen zudem in die Projektarbeit der anderen Handlungsfelder – Energie und Mobilität, Medizintechnik und Life Science – ein.

Zudem fördert die hannoverimpuls GmbH innovative Start-ups mit digitalen Geschäftsideen. Mit gezielten Veranstaltungsformaten und Wettbewerben wird zum einen die Gründungskultur in der Region Hannover befördert, zum anderen werden die Unternehmen durch passgenaue Beratungsleistungen, Akquise von Fördermitteln oder der Unternehmensbeteiligung durch eigene Venturefonds direkt bei der Gründung und im Wachstum unterstützt.

Sowohl die Landeshauptstadt als auch die hannoverimpuls GmbH sind an der Initiative „Digitales Hannover“ beteiligt, die von hannoverschen Unternehmen unter Federführung des kreHtiv-Netzwerks initiiert wurde. Zukünftig werden die bestehenden Aktivitäten der hannoverimpuls GmbH mit der Initiative „Digitales Hannover“ in Einklang gebracht. Zu diesem Zweck wird in der ersten Jahreshälfte 2018 ein Projektbüro eingerichtet, das sowohl erste Projekte entwickelt und koordiniert als auch gleichzeitig Vorschläge für die künftige Struktur der Initiative erarbeitet.

Kultur

Digitalisierung bietet für den Kulturbereich zahlreiche Möglichkeiten, Teilhabe an Kultur zu erweitern sowie den Zugang zu und Service von Kultureinrichtungen und kulturellen Angeboten erheblich zu verbessern. Vermittlungs- und Bildungsarbeit der Kulturinstitutionen kann mit digitalen Instrumenten neue und nachhaltige Wege

gehen und somit die Ansprache von unterschiedlichen Zielgruppen ausdehnen. Schließlich ermöglichen digitale Instrumente neue Formen der Partizipation an der Produktion kultureller Inhalte sowie der Kooperation zwischen Kulturinstitutionen und Stadtbevölkerung.

Die Erreichbarkeit kultureller Einrichtungen sowie der Zugang zu kulturellen Angeboten kann durch eine barrierefreie Gestaltung wesentlich verbessert werden. Durch digitale Maßnahmen können Webangebote Screenreader-tauglich dargestellt sowie in leichter Sprache beschreiben und sehbehindertengerecht veröffentlicht werden. Durch digitale Veranstaltungskalender wird den Benutzerinnen und Benutzern der Zugang zum kulturellen Angebot erleichtert und verwaltungsinterne Planungsprozesse und Ressourceneinsätze werden positiv unterstützt. Schließlich kann ein konsequenter Ausbau des Servicegedankens, der sich auf eine digitale Vernetzung der Angebote stützt, den Benutzerinnen und Benutzern einen personalisierten Zugang zum kulturellen Angebot eröffnen. Neue Zielgruppen können hierdurch für den Kulturbereich gewonnen werden. Gleichzeitig werden bestehende Benutzerinnen und Benutzer stärker an die Kulturinstitutionen gebunden.

Im Museumsbereich können digitale Instrumente wie z.B. Multimediaguides das Angebot an Inhalten und Vermittlungsmethoden ergänzen und auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzergruppen anpassen. Des Weiteren eröffnet die Digitalisierung Chancen, das Museumserlebnis zu erweitern, indem museale Inhalte mit Nutzungen außerhalb des Museums (im privaten Bereich, der Schule oder anderen Bildungssituationen) verknüpft werden. Kulturinstitutionen wie auch Archive und ihre Angebote sind somit nicht nur beim physischen Besuch der Institution präsent, sondern auch in anderen lebensweltlichen Zusammenhängen. Webinare und Digitaltours, die den Besuch von Kulturinstitutionen vorbereiten, sowie Onlineausstellungen sind hierfür weitere nennenswerte Beispiele.

Kooperation und Partizipation gewinnen im Kulturbetrieb zunehmend an Bedeutung und werden durch digitale Instrumente deutlich verbessert. Ziel ist es, die Perspektiven der Einwohnerinnen und Einwohner auf bestimmte Themen sowie ihr Wissen in die Produktion von kulturellen Angeboten einzubeziehen. Hierbei wird die Multiperspektivität der kulturellen Angebote sowie deren Authentizität gesteigert und damit die Identifikation der Menschen mit diesen Angeboten erleichtert.

Zugleich eröffnen digitale Instrumente neue Möglichkeiten des „Community Building“ und „Community Management“. Neben klassischen Freundes- und Unterstützerkreisen bilden sich bei Institutionen, die verstärkt auf Social Media setzen, neue digitale Gemeinschaften von Freunden und Unterstützern. Die Digitalisierung bietet daher Chancen, den Austausch dieser Gemeinschaften untereinander und mit den Institutionen zu befördern und Menschen an die Institutionen zu binden.

Soziales und Pflege

Die Digitalisierung bietet neue Chancen für mehr Vielfalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Bereits heute leistet digitales bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Beitrag: vom Eintrag auf freien Online-Karten zum Finden und Markieren von rollstuhlgerechten Orten bis zur Koordinierung von Ehrenamtlichen in Notunterkünften für Flüchtlinge.

Doch digitale Infrastrukturen und Kompetenzen determinieren im zunehmend technisierten Alltag neben digitaler Teilhabe auch soziale Teilhabe. Lebenslanges Lernen und die aktive Aneignung von digitalen Kompetenzen sind dabei zentral. Insbesondere bei Menschen über 60 Jahren sind die digitalen Kompetenzen noch gering ausgeprägt. Deshalb ist es wichtig, Angebote wie die Medien- und Techniklotsen des Fachbereiches Senioren zu stärken. Diese öffnen älteren Menschen das digitale Fenster und unterstützen bei alltäglichen Herausforderungen.

Im sozialen Bereich gibt es zahlreiche Möglichkeiten für den Einsatz digitaler Lösungen. Eine digitale Nachbarschaftsplattform kann Nachbarinnen und Nachbarn die Möglichkeit geben, in Kontakt zu treten und Nachbarschaft im Quartier aktiv zu erleben. Denn gerade in Städten kennen sich die Menschen unabhängig von Alter, sozialer Schicht oder Herkunft nur bedingt.

Auch im Bereich Pflege können durch Digitalisierung Herausforderungen wie Fachkräftemangel, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie der Wunsch nach längst möglicher Selbstbestimmung und Selbstständigkeit zu Hause bewältigt werden. Bereits heute können technische Assistenzsysteme wie Sturzsensoren im Boden automatisiert Stürze erkennen und bei Bedarf pflegende Angehörige, ambulante Pflegedienste oder Rettungskräfte informieren.

Auch E-Health Anwendungen, wie die automatische Erfassung von Vitalparametern oder Videokommunikation mit dem Arzt existieren bereits. Doch selten sind diese Angebote in der Bevölkerung bekannt. Daher bedarf es einer Sensibilisierung und der Möglichkeit, Technologien in Musterwohnungen auf Praxistauglichkeit zu testen. Durch die Digitalisierung im Bereich Pflege und Gesundheit wird nicht der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gestärkt, sondern die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützt.

2.2 Digitalisierung als verwaltungsweite Aufgabe

Digitale Lösungen unterstützen die Stadtverwaltung in sämtlichen Bereichen und tragen zur Verwaltungsmodernisierung bei. Die Wirtschaftlichkeit wird erhöht, Transparenz und digitale Teilhabe befördert. Neben Benutzerinnen- und Benutzerfreundlichkeit sowie Barrierefreiheit besitzen Datenschutz und Informationssicherheit bei der Entwicklung digitaler Dienstleistungen oberste Priorität.

Die Stadtverwaltung tauscht sich in nationalen und internationalen Netzwerken aus und setzt sich für verlässliche infrastrukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen ein. Moderne Arbeits- und Organisationsformen, individuelle Qualifizierungsangebote sowie die Unterstützung der Beschäftigten durch technologische Innovationen werden gefördert.

Die Modernisierung und der Ausbau öffentlicher Infrastruktur, die Haushaltskonsolidierung sowie die demografische Veränderung der städtischen Beschäftigtenstruktur sind zentrale Herausforderungen der Stadtverwaltung. Bestehende Strukturen und Prozesse müssen hinterfragt und ggf. angepasst werden. Die Digitalisierung nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein. Sie ist als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle Dezernate, Fachbereiche, Ämter und Betriebe betrifft.

Die internen Ergebnisse des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ haben gezeigt, dass das Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Gestaltung der digitalen Transformation der Stadtverwaltung groß ist. Dementsprechend wurde die Erarbeitung einer „Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt Hannover“ in das gesamtstädtische

Arbeitsprogramm aufgenommen. Sie trägt dazu bei, die definierten Ziele und Strategien aus „Mein Hannover 2030“ zu erreichen.

Darüber hinaus hat sich die Stadtverwaltung in ihrem Verwaltungsentwicklungsprogramm 2020 das Ziel gesetzt, die digitale Transformation in unterschiedlichen Rollen zu gestalten. Sie agiert als Dienstleisterin und Arbeitgeberin, um die digitale Transformation innerhalb der Stadtverwaltung voranzutreiben. Die gesellschaftspolitischen Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung werden durch die Landeshauptstadt Hannover unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure moderiert.

Die Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt Hannover bildet den übergeordneten Rahmen aller Maßnahmen zu Informations- und Kommunikationssystemen (IuK) und E-Government unter Einbeziehung der stadtweiten Auswirkungen sowie der zu beachtenden Grenzen von Gestaltungsräumen. Sie hat das Ziel, die Stadtverwaltung als moderne digitale Kommune zu etablieren, eine verlässliche und moderne Arbeitgeberin sowie Ansprechpartnerin für Wirtschaft und Einwohnerinnen und Einwohner zu sein.

Gegenwärtig verfügt die Stadtverwaltung über einen IuK-Bereich mit eigenem städtischem Rechenzentrum, der als zentraler Dienstleister mit mehr als 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfältige Aufgaben wahrnimmt. Dies gewährleistet, dass steuerungsrelevante und strategische Themen in Abstimmung mit der IuK umgesetzt werden können. Zu den Aufgaben des IuK-Bereiches zählen u. a. die Planung und der Betrieb des städtischen Daten- und Kommunikationsnetzes sowie die Versorgung der Verwaltung mit Rechenzentrumsleistungen. Darüber hinaus werden verwaltungsweit über 200 Fachanwendungen betreut. Eine verwaltungsweite IuK-Strategie sowie die jährliche IuK-Planung bilden den Rahmen, um fachbereichsbezogene Technologieprojekte strukturiert und kontinuierlich durchzuführen. Die gesamtstädtische E-Government-Ausrichtung, die im Verwaltungsentwicklungsprogramm 2020 festgeschrieben ist, verzahnt Technik und Organisation und bildet damit einen wichtigen Handlungsrahmen.

3. Erarbeitungsprozess der Verwaltungsstrategie

In einem ersten Schritt zur Erarbeitung der Strategie wurde eine Bestandsaufnahme bestehender digitaler Strategien, Angebote und Zukunftsplanungen der Fachbereiche, Ämter und Betriebe erstellt. Auf dieser Grundlage wurde ein verwaltungsinterner Workshop durchgeführt, in dem die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die Stadtverwaltung aus drei Perspektiven (Einwohnerinnen und Einwohner, Wirtschaft & Wissenschaft, verwaltungsinterne Prozesse) betrachtet, Impulse entwickelt und Bedarfe genannt wurden. In der Folge hat sich die Verwaltung geöffnet und im Rahmen eines weiteren Workshops mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft zusätzlichen fachlichen Input und Feedback erhalten.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Workshops:

Einwohnerinnen und Einwohner:

- Digitale Services nutzerfreundlich und barrierefrei anbieten
- Digitale Services müssen „mitdenken“
- Verwaltung muss offen sein für Verbesserungsvorschläge
- hannover.de ist als wichtigster Zugangskanal zu optimieren
- Orts- und zeitunabhängige Erreichbarkeit der Stadtverwaltung über verschiedenen Kanäle sicherstellen (persönlich, elektronisch, telefonisch)
- Soziale Medien verstärkt nutzen
- Datenschutz besitzt höchste Priorität

Wirtschaft & Wissenschaft:

- Digitale Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung und muss verbessert werden
- Breitbandausbau stadtweit vorantreiben
- Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner und Prozesse müssen klar definiert sein
- Verwaltungsdienstleistungen proaktiv anbieten
- Digitaler Ethik-Codex ist zu erstellen
- Verzahnung von Prozessen und Behörden optimieren
- Wissenschaft in den Digitalisierungsprozess einbeziehen

- Gesamtstädtisches Konzept zu Open Data erstellen
- Hannover als digitales Großlabor im Bereich Mobilität etablieren
- Digitalisierung sollte ein Bestandteil der Bewerbung zur Kulturhauptstadt sein

Interne Prozesse:

- Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen
- Digitale Services mit gesamtstädtischer Perspektive ausbauen
- Innovatives und agiles Management installieren
- Kooperation mit Externen optimieren
- Fehlende Rahmenbedingungen erkennen und herstellen
- Individuelle Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten
- Risiko- und Fehlerkultur verankern
- Innovations- und Experimentierräume einrichten
- Einführung der papierlosen Verwaltung
- Dezernatsübergreifende Vernetzung spürbar herstellen
- Backoffice-Prozesse zunehmend automatisieren

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses wurden in den folgenden Ausführungen, die den verwaltungseigenen Handlungsrahmen beschreiben, berücksichtigt.

4. Breitband- und WLAN-Ausbau

Die Landeshauptstadt Hannover wird sukzessiv alle städtischen Gebäude mit schnellem Internet versorgen und in Kooperation mit externen Partnerinnen und Partnern den Breitband- und WLAN-Ausbau für den öffentlichen Raum forcieren.

Der flächendeckende Zugang zu schnellem Internet ist Grundvoraussetzung der digitalen Stadt und mitentscheidend für die Attraktivität des Standorts. Daher ist für die Landeshauptstadt Hannover eine leistungsstarke und zukunftssichere Breitbandinfrastruktur dringend erforderlich.

Das Land Niedersachsen hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 alle Haushalte, Schulen, Gewerbegebiete, soziale Einrichtungen des öffentlichen Sektors sowie Krankenhäuser mit einem Breitbandanschluss von mehr als einem Gigabit pro Sekunde zu versorgen. Die Stadtverwaltung schließt sich diesem Ziel an und wird in enger Kooperation mit dem Land Niedersachsen, dem Breitband Kompetenz

Zentrum Niedersachsen, Telekommunikationsanbietern sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren den Breitbandausbau in der Landeshauptstadt Hannover weiter vorantreiben.

Die Stadtverwaltung hat sich frühzeitig dazu entschlossen, die städtischen Gebäude mit Glasfaserleitungen zu vernetzen. In einem ersten Schritt werden städtische Gebäude ohne schnelle Netzanbindung sukzessive an das Glasfasernetz angebunden. Für kleine und periphere Liegenschaften werden Lösungen durch Mietleitungen oder einer schnellen gesicherten Standortanbindung über öffentliche Internetleitungen bevorzugt.

Der kontinuierliche WLAN-Ausbau der städtischen Gebäude erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen der Fachbereiche, Ämter und Betriebe der Landeshauptstadt Hannover, der örtlichen Gegebenheiten sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Aktuell sind ca. 40 Standorte bereits mit WLAN ausgestattet bzw. befinden sich in der Realisierungsphase.

Das WLAN-Programm 2020 der Stadtverwaltung sieht vor, dass bis Ende 2020 die Besprechungs- und öffentlichen Bereiche aller städtischen Dienstgebäude mit WLAN versorgt sind. Priorität besitzt hierbei die WLAN-Ausstattung der hannoverschen Schulen im Rahmen des Medienentwicklungsplans. Langfristiges Ziel ist es, alle städtischen Gebäude parallel zur Standardverkabelung flächendeckend mit WLAN auszustatten. Für alle Neubau- und Neuanmietungsprojekte wird die notwendige Verkabelung für ein flächendeckendes WLAN realisiert.

Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung den öffentlichen Ausbau der WLAN-Infrastruktur unter Berücksichtigung organisatorischer, finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen intensivieren. In Zusammenarbeit mit städtischen Beteiligungen und regional ansässigen Unternehmen wie z.B. htp, enercity und der ÜSTRA werden innovative Ansätze konzipiert, umgesetzt und weiterentwickelt.

Die fünfte Generation der Mobilfunk- und Netztechnologie (5G) ist eine Schlüsseltechnologie im digitalen Zeitalter. Für eine digitale Stadt Hannover ist die Erprobung von 5G anhand konkreter Anwendungsfälle unerlässlich. Die Stadtverwaltung strebt an, gemeinsam mit Bund, Land und privatwirtschaftlichen Unternehmen Ideen für konkrete Projekte zu entwickeln, um bestehende Funklöcher zu beseitigen und eine Vorreiterrolle beim Auf- und Ausbau von 5G einzunehmen.

Geplante Maßnahmen:

- Einrichtung einer Koordinierungsstelle und Ernennung eines/r Beauftragten für digitale Infrastruktur, deren/dessen Hauptaufgabe es ist, den Breitbandausbau innerhalb Hannovers unter Einbeziehung der verwaltungsinternen und -externen Beteiligten zu koordinieren
- Erstellung einer Strategie für den flächendeckenden Breitbandausbau unter Einbeziehung der Kooperationspartnerinnen und -partner
- Beobachtung der Fördermittellandschaft (EU, Bund, Land) sowie Überprüfung einer möglichen Beantragung

5. Digitale Services

Bei der Entwicklung neuer Strategien und Dienstleistungen sind digitale Lösungen bevorzugt zu prüfen. Digitale Services werden benutzerfreundlich und geräteunabhängig angeboten.

Die Einwohnerinnen, Einwohner und Unternehmen der Landeshauptstadt Hannover erwarten eine moderne und transparente Verwaltung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird die Stadtverwaltung unter Beachtung des Onlinezugangsgesetzes ihre relevanten Verwaltungsdienstleistungen im Sinne eines effizienten E-Governments sukzessive digital verfügbar machen.

Digitale Services der Privatwirtschaft zeichnen sich durch einfache Bedienbarkeit, der Erreichbarkeit auf unterschiedlichen Zugangskanälen sowie eine hohe Verfügbarkeit aus. Bei der Entwicklung digitaler Services für den öffentlichen Sektor sind andere Rahmenbedingungen wie z.B. gesetzliche Schriftformerfordernisse zu beachten, weshalb Lösungen meist verzögert zur Verfügung gestellt werden. Die Landeshauptstadt Hannover präferiert digitale Verwaltungsdienstleistungen vor der Notwendigkeit zu persönlichem Erscheinen oder der Schriftform.

Die Bestandsaufnahme und die Ergebnisse der Workshops haben gezeigt, dass die Stadtverwaltung im Bereich ihrer digitalen Services gut aufgestellt ist. Sie bietet bereits zahlreiche Online-Dienstleistungen an. Weitere befinden sich aktuell in der Umsetzung.

Die Stadtverwaltung Hannover setzt sich das Ziel, bei der Entwicklung neuer digitaler Services den besonderen Fokus auf die Benutzerinnen- und Benutzerfreundlichkeit und die Geräteunabhängigkeit zu legen. Diese Services müssen seitens der Stadtverwaltung attraktiv und leicht auffindbar platziert werden. Die Benutzerinnen und Benutzer sollen bestenfalls alle digitalen Verwaltungsdienstleistungen über ein einfaches, sicheres und geräteunabhängiges Zugangportal erreichen können. hannover.de ist hinsichtlich dieser Anforderungen zu optimieren.

Die Digitalisierung bringt zahlreiche neue innovative Ansätze mit sich. Integrierte Sensoren können die öffentliche Infrastruktur überwachen, die Blockchain-Technologie führt zu einem Umdenken bei Prozessen, die eine Erfassung, einen Nachweis oder Transaktionen zum Gegenstand haben. Augmented & Virtual Reality Lösungen eröffnen neue Gestaltungsmöglichkeiten für Beteiligungsformen zu Bauvorhaben und ermöglichen ein neues Erlebnis in Kultureinrichtungen wie z.B. Museen. Chat-Bots können mithilfe künstlicher Intelligenz niederschwellige Servicedienstleistungen wie z.B. informationsbezogene Auskünfte geben und Termine vereinbaren. Es gilt, neue Technologien in einzurichtenden Experimentier- und Innovationsräumen auf ihre Praxistauglichkeit zu testen und umsetzungsreife Nutzungsszenarien zu entwickeln.

Die Verwaltung hat weiterhin die gesamte Stadtgesellschaft im Blick. Digitale Ausgrenzung soll vermieden werden. Daher wird neben der Fokussierung auf digitale Services die persönliche und telefonische Erreichbarkeit zu ihren Dienstleistungen weiterhin ein wichtiger Bestandteil sein. Hierbei werden digitale Prozesslösungen implementiert, um die Servicequalität auf diesen Zugangskanälen weiterhin auf einem sehr hohen Level zu halten.

Die digitalen Services der Stadtverwaltung können nur problemlos funktionieren, wenn die technischen und organisatorischen Prozesse innerhalb der Verwaltung reibungslos aufeinander abgestimmt sind. Insbesondere die Nutzung und Weiterentwicklung der IuK muss daher einheitlichen Standards folgen, damit die zukünftige Kompatibilität und Ausbaufähigkeit sichergestellt wird. Das Ziel der Standardisierung ist es, eine erhöhte Transparenz sowie die schnellere Umsetzung von Veränderungen zu erzielen. Sie ist die Voraussetzung für die Automation von Prozessen und sollte auch unter Wirtschaftlichkeitsaspekten vorangetrieben werden.

Eine zukunftsfähige digitale Stadtverwaltung kann es ohne leistungsfähige und effiziente IuK nicht geben. Angesichts der rasant zunehmenden Komplexität der Technik sollten künftige technische Herausforderungen bereits heute bestmöglich eingeplant werden.

Geplante Maßnahmen:

- Überprüfung von hannover.de als Zugangstor für alle städtischen Online-Dienstleistungen
- Sukzessiver Ausbau von benutzerfreundlichen elektronischen Verwaltungsdienstleistungen
- Verstärkte Nutzung von datenschutzkonformen Cloud-Lösungen für E-Government Angebote
- Einrichtung von Experimentierräumen zur Erprobung neuer Technologien auf ihre Praxistauglichkeit
- Einführung eines verwaltungsweiten Dokumentenmanagementsystems (für allgemeinen Schriftverkehr bis 2023)
- Nutzung von allgemeinen Datenformaten für einen möglichst langlebigen Gebrauch
- Einführung eines digitalen Langzeitarchivs
- Einführung der elektronischen Rechnungssachbearbeitung
- Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
- Einführung und Nutzung von Standards bei Fachverfahren und Datenformaten (elektronische Rechnungen, Geodateninfrastruktur etc.)
- Einführung von Online-Bürgerinnen- und -Bürgersprechstunden
- Einführung eines verwaltungsweiten, geräteunabhängigen Messengers zur internen Kommunikation
- Beobachtung der Projekte des IT-Planungsrates hinsichtlich möglicher Synergieeffekte

6. Open Government

Die Landeshauptstadt Hannover fördert Beteiligung und Transparenz durch Open Government und wird ihre Aktivitäten im Bereich Open Data und digitaler Partizipation weiter ausbauen.

Die Anforderungen an transparentes Verwaltungshandeln sowie digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Stadtgesellschaft nehmen kontinuierlich zu. Der Stadtdialog zum Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ hat gezeigt, dass die Bürgerbeteiligung fest zur hannoverschen Identität gehört. Eine aktive Beteiligungskultur wird gefördert. Die Stadtverwaltung Hannover bekennt sich zum Konzept des Open Governments. Hierdurch sollen Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer und die Möglichkeiten digitaler Beteiligung ausgebaut werden.

Die Stadtverwaltung beteiligt die Stadtgesellschaft regelmäßig durch verschiedenste Beteiligungsformate wie z.B. Kundenbefragungen oder Bürger-Panels. Diese Partizipationskultur soll fortgeführt und um digitale Angebote erweitert werden. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind Teil des Veränderungsprozesses und werden systematisch mit einbezogen. Das Einbringen eigener Ideen soll durch digitale Lösungen erleichtert und der Meinungs austausch zu unterschiedlichen themenorientierten sowie von der Verwaltung initiierten Beteiligungsprozessen gefördert werden.

Open Data hat das Ziel, die Transparenz, die Teilhabe sowie den Demokratiedanken in der Gesellschaft zu stärken und die Wirtschaft durch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern. Nicht selten werden auf Basis offener Daten innovative Internetanwendungen und Apps entwickelt, die einen enormen Mehrwert für die Gesellschaft haben.

Die Landeshauptstadt Hannover hat in einem ersten Schritt Anfang 2017 begonnen, eigene Geodaten ohne Datenschutzrelevanz wie z.B. Stadtkarten, Luftbilder sowie Radwege- und Freizeitkarten zur nahezu unbeschränkten Nutzung bereitzustellen.

Die Stadtverwaltung Hannover will den Bestand an barrierefreien offenen Daten, die unentgeltlich und datenschutzkonform genutzt werden können, sukzessive erhöhen. Hierfür sind im Vorfeld organisatorische, technische und rechtliche Fragestellungen zu klären.

Geplante Maßnahmen:

- Einführung einer Online-Beteiligungsplattform
- Erstellung eines Open Data-Konzepts und Einrichtung eines hannoverschen Open Data-Portals zur Bündelung aller veröffentlichten Informationen und Daten

7. Datenschutz und Informationssicherheit

Die Landeshauptstadt Hannover gewährleistet ein hohes Datenschutz- und Informationssicherheitsniveau.

Die Digitalisierung führt zu einem erhöhten Aufkommen an Daten und Informationsverarbeitung. Damit Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen die Möglichkeiten der Digitalisierung wahrnehmen, ist ein grundlegendes Vertrauen in die Sicherheit und Vertraulichkeit von Kommunikation, Daten und IuK-Strukturen notwendig. Der Schutz vor unbefugten Zugriffen und Missbrauch besitzt oberste Priorität.

Die städtischen IuK-Systeme, mit denen auch personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind heute schon auf einem hohen Sicherheitsniveau. Die Überprüfung der Sicherheit ist ein kontinuierlicher Prozess, der dieses Niveau fortlaufend optimiert. Bedingt durch verschärfte gesetzliche Rahmenbedingungen und der stärkeren gesellschaftlichen Wahrnehmung diverser Sicherheitsthemen sorgt die Verwaltung dafür, dass gesetzliche Verpflichtungen eingehalten werden und das Sicherheitsniveau durch geeignete Maßnahmen hoch gehalten wird.

Die Landeshauptstadt Hannover ist Betreiberin von kritischen Infrastrukturen wie z.B. dem Verkehrsrechner, der Stadtentwässerung oder Systeme für die Feuerwehr zur Reaktion auf Gefahrenlagen. Das IT-Sicherheitsgesetz fordert von den Betreibern, den „Stand der Technik“ umzusetzen und dies als dauerhafte Aufgabe zu etablieren. Ergänzend verpflichtet die EU-Datenschutzgrundverordnung die Landeshauptstadt Hannover, umfangreiche Schutzziele einzuhalten. Hierbei müssen Risikobewertungen vorgenommen und Dokumentations- und Nachweispflichten gegenüber Betroffenen und Aufsichtsbehörden erbracht werden. Die Landeshauptstadt Hannover wird hierfür ein Informationssicherheitsmanagementsystem einführen.

Geplante Maßnahmen:

- Ernennung einer/s Informationssicherheitsbeauftragten (ISB), die/der eine unabhängige und organisatorisch herausgehobene Stellung besitzt
- Fortlaufende Analyse und ggf. Optimierung der Sicherheitsrichtlinien sowie des Datenschutzes auf Basis eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS)
- Erstellung eines Konzeptes zur Definition eines datenschutzkonformen und informationssicherheitsrelevanten Handlungsrahmens für die Umsetzung von Cloud-Lösungen.

8. Moderne Arbeitgeberin

Die Landeshauptstadt Hannover steigert ihre Arbeitgeberinnenattraktivität gemeinsam mit ihren Beschäftigten durch den Einsatz technischer Innovationen, moderner Arbeits- und Organisationsformen sowie individueller Qualifizierungsangebote.

Mit ca. 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Landeshauptstadt Hannover eine der regional größten Arbeitgeberinnen. Ihre Beschäftigten sind die wichtigste Ressource bei der erfolgreichen Erfüllung der vielfältigen Verwaltungsaufgaben. Sie hat sich in den vergangenen Jahren stetig zu einer modernen und dienstleistungsorientierten Verwaltung entwickelt. Dieser Entwicklungsprozess wird unter Einbeziehung digitaler Lösungen kontinuierlich fortgeführt.

Die Landeshauptstadt Hannover unterstützt ihre Beschäftigten im digitalen Wandel. Nur noch wenige Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter arbeiten ohne den Einsatz von IuK-Technik. Hier gilt es, mithilfe neuer umsetzbarer Technologien, die bereits gut ausgestatteten Arbeitsplätze sowie den Arbeitsalltag so zu gestalten, dass moderne Hard- und Softwarelösungen die tägliche Arbeit effizient und effektiv unterstützen. Zeitgemäße Arbeitsformen wie z.B. mobiles Arbeiten, Teleheimarbeit und projektorientiertes Arbeiten können hierdurch zunehmend attraktiv gestaltet werden. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung Hannover zeitnah in bestimmten Bereichen flexible und agile Organisationsansätze verfolgen, damit verwaltungsweite Innovationsprozesse an Umsetzungsgeschwindigkeit gewinnen.

Gute Arbeit in einer digitalen Stadtverwaltung erfordert passgenaue Qualifizierung und Weiterbildung, um die digitalen Kompetenzen spürbar zu steigern. Es wird sichergestellt, dass sich die Beschäftigten den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden Qualifikationsanforderungen gerecht werden können.

Die zunehmende Digitalisierung führt jedoch auch dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Belastungen durch die erhöhte Flexibilität, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit ausgesetzt sind. Außerdem besteht das Risiko, dass sich Arbeits- und Freizeitphasen zunehmend vermischen. Das Work-Learn-Life-Balance-Konzept der städtischen Verwaltung muss im Hinblick auf diese Fragen im Rahmen der digitalisierten Arbeitswelt Antworten geben. Die Beteiligung und Mitbestimmung aller Beschäftigten ist Grundvoraussetzung, um digitale Lösungen und die veränderten Anforderungen zu gestalten.

Der Umgang von Führungskräften mit den Herausforderungen von Digitalisierung und dem damit verbundenen Kulturwandel ist für ein Gelingen der bevorstehenden Veränderungen entscheidend. Die Führungskräfte nehmen eine Vorbildfunktion für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Den Führungskräften müssen hierfür die notwendigen, insbesondere zeitlichen, Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es gilt, den Erwartungen von Führungskräften und Beschäftigten gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus ermöglicht die Digitalisierung Wissensbestände der Verwaltung allen Beschäftigten transparent zugänglich zu machen, z.B. um Redundanzen bei Informationssammlungen zu vermeiden oder um eine Basis für die Entwicklung von Apps zu bieten, die die Verwaltungsarbeit effektiver machen. Weiterhin treffen die Auswirkungen des demografischen Wandels auch die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover. Das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der zunehmende Fachkräftemangel führen zu personellen Engpässen. Personalgewinnungs- und -bindungsmaßnahmen gewinnen an Bedeutung. Das vielfältige Wissen der (ausscheidenden) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss ungeachtet des demografischen Wandels gesichert werden. Das Wissensmanagement der hannoverschen Stadtverwaltung wird hierbei durch digitale Lösungen unterstützt. Das Wissen und die Qualifizierungen sollten transparent und nutzbar gemacht werden. Wichtige Prozesse sind abzubilden und zu dokumentieren.

Geplante Maßnahmen:

- Überarbeitung des Projektmanagementleitfadens hinsichtlich flexibler und agiler Projektmanagementmethoden
- Stärkung der Kompetenzen der Beschäftigten im Rahmen Projektmanagement
- Verstärkter Fokus auf Weiterbildungsangebote im Kontext der Digitalisierung
- Stetige Optimierung von alternativen Arbeitszeitmodellen
- Überarbeitung des Work-Life-Learn-Balance-Konzeptes hinsichtlich der Auswirkungen durch die Digitalisierung
- Einführung einer digitalen Wissensmanagementplattform
- Einführung einer Geschäftsprozessmanagementsoftware zur Abbildung und Dokumentation von Prozessen

9. Organisation

Die Landeshauptstadt Hannover wird ihre Organisations- und Projektstruktur an die neuen Rahmenbedingungen der Digitalisierung anpassen.

Die digitale Transformation der Landeshauptstadt Hannover kann nur gelingen, wenn in diversen Bereichen innovative und agile Arbeitsstrukturen aufgebaut werden, die es erlauben, neue Ideen und Konzepte auszuprobieren, weiterzuentwickeln und ggf. auch wieder zu verwerfen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Risikobereitschaft zu erhöhen und eine angemessene Fehlerkultur zu etablieren. Die dadurch gewonnene Transparenz des Handelns bringt maximalen Nutzen und stellt einen kritischen Erfolgsfaktor für eine gelungene Digitalisierung der Verwaltung dar.

Der Weg zur Digitalisierung der Stadtverwaltung soll nicht allein beschritten werden. Die Stadtverwaltung kennt ihre Geschäftsprozesse mit ihren Stärken und Schwächen und möchte darüber hinaus fachliche und innovative Expertise zur stetigen Digitalisierung (strategisch und operativ) einholen. Sie hat sich in der Vergangenheit für externe Meinungen und Ideen geöffnet. Dieser Prozess wird intensiv weitergeführt. Hierbei ist es wichtig, eine Kooperation auf Augenhöhe herzustellen.

Darüber hinaus wird sich die Landeshauptstadt Hannover in bundesweiten Programmen zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung engagieren und ermutigt ihre Beschäftigten sich in interkommunalen Netzwerken zu beteiligen. Vorhandene

bzw. neue Netzwerke werden genutzt, um Best-Practice-Ansätze der kommunalen Ebene als Impulse aufzunehmen und diese auf Umsetzbarkeit innerhalb der Landeshauptstadt Hannover zu prüfen.

Neben dem kommunikativen Austausch (u. a. zur Vermeidung von Parallelentwicklungen oder Insellösungen) muss ein mindestens ebenbürtiges Gewicht auf die Umsetzung von Projekten innerhalb der Stadtverwaltung gelegt werden. Dafür braucht die städtische Verwaltung Digitalisierungsexpertinnen und -experten (Digital Scouts) innerhalb der Fachbereiche, Ämter und Betriebe mit Fach- und Verwaltungsverständnis sowie IuK-Kompetenzen. Sie können mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen IuK der Stadtverwaltung die Technologietrends aufgreifen und auf die jeweiligen Fachaufgaben beziehen. In Zusammenarbeit mit der/m Digitalisierungsbeauftragten und der/m Beauftragten für digitale Infrastruktur bilden sie den digitalen Motor der Landeshauptstadt Hannover. Abbildung 1 und 2 skizzieren die Organisations- und Arbeitsstruktur zu Digitalisierungsthemen.

Geplante Maßnahmen:

- Schaffung der Funktion einer/s Digitalisierungsbeauftragte/n an der Schnittstelle von Verwaltung und externen Akteurinnen und Akteuren
- Einrichtung von Digital Scouts in den Fachbereichen, Ämtern und Betrieben
- Einrichtung einer schlanken Arbeitsstruktur für die digitale Transformation der Landeshauptstadt Hannover

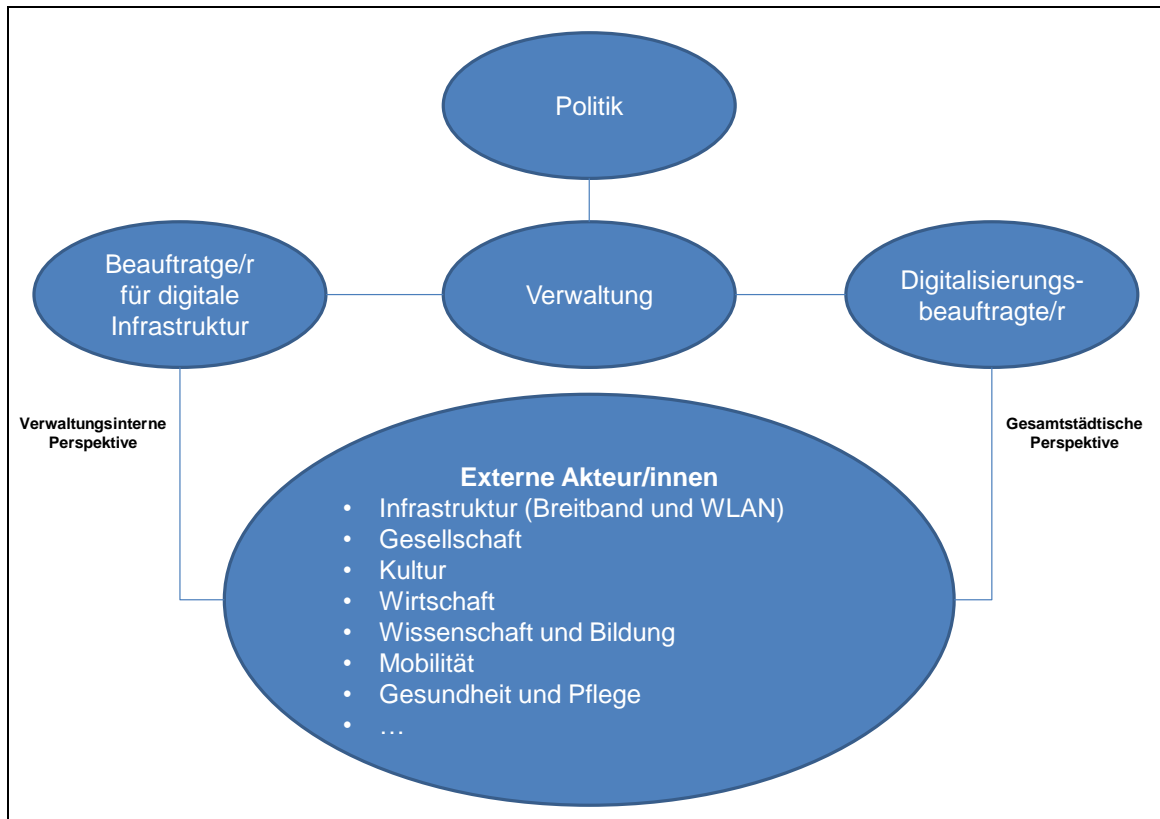


Abbildung 1: Gesamtstädtische Organisations- und Arbeitsstruktur zur Digitalisierung der LHH

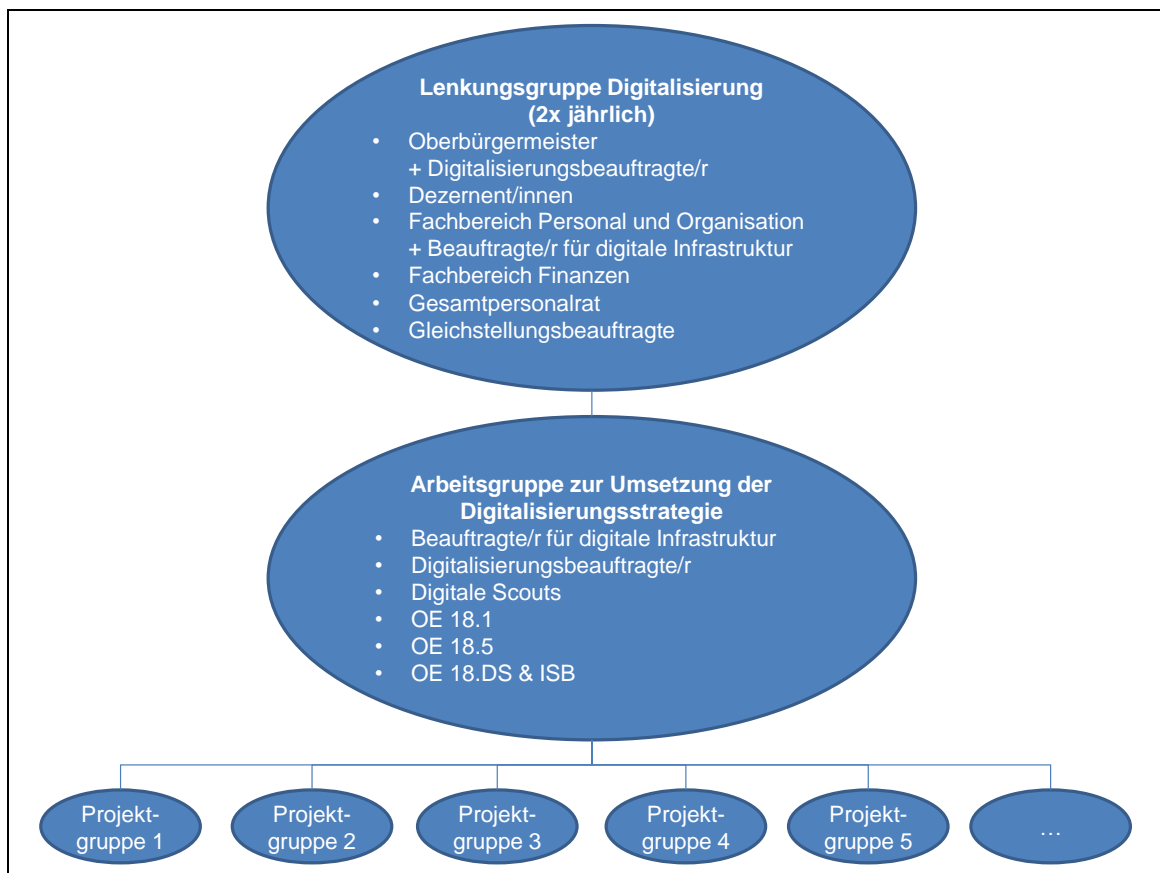


Abbildung 2: Verwaltungsinterne Arbeitsstruktur zur Umsetzung der Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der LHH

10. Finanzen

Die Landeshauptstadt Hannover stellt sicher, dass die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen sowie zur Erprobung von technischen Innovationen bereitgestellt werden.

Die digitale Transformation der hannoverschen Verwaltung erfordert die Bereitschaft, finanzielle Mittel zur Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Neben der Neuanschaffung, Erweiterung und Modernisierung von Hard- und Software erwachsen zusätzliche Kosten aus notwendigen organisatorischen und kommunikativen Veränderungen. Dies umschließt Anschubfinanzierungen zur Erprobung innovativer, zukunftsorientierter Projekte und Technologien sowie Mittel für die Durchführung von Veranstaltungen, sowohl verwaltungsintern als auch in Kooperation mit externen Partnerinnen und Partnern.

Aufgrund beschränkter finanzieller Ressourcen muss eine Priorisierung vorgenommen werden, welche den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht wird und die Anforderungen der Fachkonzepte berücksichtigt. Bestehende Bewertungskriterien sind vor diesem Hintergrund zu überprüfen und anzupassen.

Um dem hohen Finanzierungsaufwand entgegenzuwirken, können verschiedene Fördermittel von EU, Bund und Land beantragt werden. Im Beantragungsprozess sollte nach Bedarf auf Unterstützung von Expertinnen und Experten oder die Erfahrung anderer Kommunen zurückgegriffen werden.

Geplante Maßnahme:

- Berücksichtigung der Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der LHH in der mittel- und langfristigen Finanz- und Ressourcenplanung

11. Nachhaltigkeit

Die Landeshauptstadt Hannover legt Wert auf Energie- und Ressourceneffizienz und verpflichtet sich, Nachhaltigkeitsaspekte bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen konsequent zu berücksichtigen.

Seit vielen Jahren ist die Nachhaltigkeit eine wichtige Querschnittsaufgabe der Stadt Hannover und berücksichtigt Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur im Hinblick auf eine gerechte Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen und den Lebensperspektiven zukünftiger Generationen. Die guten Beteiligungsstrukturen, die lebendigen Projekte und der rege Austausch zwischen vielen Beteiligten in der Stadt führten u. a. dazu, dass die Landeshauptstadt Hannover als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2018“ ausgezeichnet wurde.

Die Landeshauptstadt Hannover setzt im Bereich ihrer IuK-Infrastruktur auf ein energieeffizientes Design des eigenbetriebenen Rechenzentrums. Durch die Trennung von Warm- und Kaltgängen wird eine energiesparende Klimatisierung der Geräte ermöglicht. Darüber hinaus werden bei der Beschaffung von Netzwerk- und Servertechnik bevorzugt energiesparende Systeme berücksichtigt. Trotz wachsender IuK-Leistungskapazitäten haben diese beispielhaften Maßnahmen dazu geführt, dass der Energieverbrauch in den vergangenen Jahren leicht gesunken ist. Diese positiven energetischen Effekte gilt es fortzuschreiben.

Es ist für die Stadtverwaltung selbstverständlich, bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen Nachhaltigkeitsaspekte von Beginn an mitzudenken, um ihrer Rolle als Vorreiterin weiterhin gerecht zu werden.

Geplante Maßnahmen:

- Konsequenter Einsatz von energieeffizienten und ressourcenschonenden IuK-Komponenten im Sinne einer „GreenIT“
- Ausbau der nachhaltigen Beschaffung hinsichtlich sozialer und ökologischer Kriterien